



Regionalgruppen aus Hamburg Barmbek, St. Pauli, Süd, Walddörfer, West und AG Veteranentag

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier  
Spreeweg 1  
10557 Berlin

OMAS GEGEN RECHTS  
AG Veteranentag c/o Kreativhaus,  
Telemannstraße 10, 20255 Hamburg

Hamburg, den 22.8.2024

Sehr verehrter Herr Bundespräsident!

Wir **OMAS GEGEN RECHTS** erhalten am 1.9.2024 den **Aachener Friedenspreis** - eine große Ehre und gleichzeitig Verpflichtung für die Zukunft. Wir haben eine **kritische Perspektive auf die Einführung eines Veteranentags ab 2025**. Unsere Sorge wurde durch die Unsicherheiten des Bundesministeriums für Verteidigung im Umgang mit dem Traditionserlass von 2018, der in der Regierungspressekonferenz am Montag, den 12.8.24 deutlich wurde, bestätigt.

Eine der wichtigen Säulen unseres Engagements bei OMAS GEGEN RECHTS ist die **Erinnerungsarbeit in historischer Verantwortung für die belastete deutsche Geschichte im Zusammenhang mit Kriegen und militärischen Konflikten**. Der „Scheißkrieg“, wie Helmut Schmidt den 2. Weltkrieg bezeichnete, hat tiefe Spuren und Wunden hinterlassen.

Es war unter anderem die gezielte Propaganda durch Veteranen, die eine wichtige Rolle bei den Bestrebungen zur gesellschaftlichen Rehabilitierung des Militärs und der SS in der Nachkriegszeit spielte. **Alexander Gauland (AfD) forderte im September 2017 eine Neubewertung der Taten deutscher Soldaten in beiden Weltkriegen**. Neonazistische Magazine verwenden Sig-Runen, SS-Totenköpfe für rassistische Hetze. Der AfD-Europapolitiker Maximilian Krah relativierte jüngst die Schuld, die die SS im 2. Weltkrieg auf sich lud.

Trotz einer Aufarbeitung durch die Wehrmachtsausstellung, die schon 1995 Proteste von rechter Seite auslöste, ist eine **Heroisierung und Relativierung der Kriegsgräuere der Wehrmacht und der Waffen-SS leider immer noch hochaktuell**. Am 12.7.2024 ist es schließlich das Bundesverteidigungsministerium selbst, das in „Ergänzenden Hinweisen zum Traditionserlass“ Richtlinien zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege in der Bundeswehr vorgibt, die Wehrmachtssoldaten und deren militärische Erfolge im Zweiten Weltkrieg aufzählt, die der Truppe Beispiele für Kriegstüchtigkeit bieten sollten. Diese Richtlinie musste nach Protesten u.a. der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz zurückgenommen werden.

Wir OMAS GEGEN RECHTS schauen daher mit Sorge auf den Beschluss des Bundestages vom 28.4.2024 zur Einführung eines Veteranentages. Parteiübergreifend wird mit den Stimmen der AfD dieser als wertschätzende Maßnahme gegenüber ca. 10 Mio Bundeswehrsoldat:innen und ehemaligen Wehrpflichtigen begrüßt. Militärdienste anzuerkennen und ein Bewusstsein für deren Herausforderungen zu schaffen sei das Ziel. **Nach 1945 wird mit dem Volkstrauertag im November an die Opfer von Krieg und Gewalt gedacht**, und es bestehen in diesem Bezug sehr viele Aktivitäten des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Einen Gedenktag in Bezug auf die Soldaten gibt es also schon.

Allerdings gibt es viele Menschen, die in ihren zivilen Berufen (Gesundheits- und Pflegekräfte, Polizei, Feuerwehr, THW, Katastrophenschutz, Friedenmissionen, Entwicklungshilfe) tagtäglich große Opfer bringen, ohne eine spezielle Anerkennung zu erhalten. Sind zivile Dienste für das Gemeinwohl weniger wert?



Regionalgruppen aus Hamburg Barmbek, St. Pauli, Süd, Walddörfer, West und AG Veteranentag

2011 wurde in Deutschland die Wehrpflicht ausgesetzt. Soldatinnen und Soldaten, die seitdem bei der Bundeswehr arbeiten, haben sich bewusst für diesen Beruf entschieden und bekommen entsprechendes Gehalt und erwirken Pensionsansprüche und sind somit wie jede andere Berufsgruppe zu behandeln.

Ein Veteranentag stellt für uns ein Symbol für die **aktuell zunehmende Militarisierung** der Gesellschaft dar, die mit der von Bundeskanzler Olaf Scholz proklamierten „Zeitenwende“ und der vom Bundesverteidigungsminister Pistorius geforderten „Kriegstüchtigkeit“ in Zusammenhang stehen. Der Zeitgeist der „Kriegsfähigkeit“ schlägt sich auch in einem Positionspapier des Bundesministeriums für Bildung und Forschung von März 2024 nieder, in dem u.a. gefordert wird, die Zivilklauseln für die bisherige Trennung zwischen ziviler und militärischer Forschung auf Zeitgemäßheit zu überprüfen, die auf die Erklärung des Science Council of Japan von 1950, „sich niemals in der wissenschaftlichen Forschung für Kriegszwecke zu engagieren“ zurückgehen. Auch Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger sieht Schulen in der Verantwortung, junge Menschen auf den Kriegsfall und andere Krisen vorzubereiten und bringt damit die Militarisierung schon im Lebensbereich der Kleinsten zum Ausdruck.

Wir sehen in diesen Entwicklungen **Gefahren für unsere Zukunftsvision eines friedlichen, demokratischen und solidarischen Europa**. Wir brauchen eine tragfähige europäische Friedensordnung und keinen Veteranentag. Krieg ist für uns kein Mittel, sondern das ultimative Versagen von Politik und kann eine Quelle für Radikalisierung, Nationalismus und Rassismus sein, dem wir OMAS GEGEN RECHTS uns entschieden entgegenstellen. Stattdessen plädieren wir für die Einführung eines Friedenstages, der ziviles Engagement, Aktivitäten aus Politik und Zivilgesellschaft, Friedensmissionen ohne militärische Mittel wertschätzt und anerkennt.

Wir bitten Sie, sich gerade in diesen schwierigen Krisenzeiten auf die **Präambel unseres 75jährigen Grundgesetzes** zu besinnen: „Im Bewusstsein der Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.“ Lassen Sie sich von dem antimilitaristischen Geist unserer Verfassung leiten. Aus diesem ist die Verpflichtung abzuleiten, der Zivilität und der Diplomatie Vorrang einzuräumen. Sie selbst, verehrter Herr Bundespräsident, brachten es in einem Interview mit der Zeitung „Vorwärts“ im September 2014 auf den Punkt, indem Sie sagten, es gebe viele, „die das Werk der Zuspitzung perfekt beherrschen, und nur wenige, die sich tatsächlich um Entschärfung bemühen.“ Lassen Sie uns diese Wenigen wieder mehr werden lassen. Der neu beschlossene Veteranentag setzt hier ein falsches Signal.

Wir bitten Sie, verehrter Herr Bundespräsident, Ihr Amt als "lebendiges Symbol" des Staates und seiner Verfassung zu nutzen und auf die **Gefahren zunehmender Militarisierung, Geschichtsvergessenheit, Radikalisierung, Rechtsentwicklung und Spaltung für die Zivilgesellschaft in Deutschland** hinzuweisen und diesen entgegen zu wirken. Wir freuen uns darauf, von Ihnen zu hören und sind an einem Austausch dazu interessiert.

Mit freundlichem Gruß



OgR AG Veteranentag

OgR Regionalgruppen aus Hamburg Barmbek, St. Pauli, Süd, Walddörfer, West